



Arbeitgeber fordern Masseneinwanderung

Die etablierten Parteien haben von einflussreichster Stelle in Deutschland einen Marschbefehl bekommen, dem sie nach aller Erfahrung folgen werden: Der Chef des Arbeitgeberverbandes BDA, Ingo Kramer, fordert von den Regierungsverantwortlichen nach der Bundestagswahl eine Einwanderungspolitik, die sich am Arbeitsmarkt orientiert. Kramer hat auch schon eine Zahl genannt, nämlich sechs Millionen! Diese sechs Millionen Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter werden dem BDA-Chef zufolge bis 2030 in Deutschland nämlich fehlen. „Deutschland ist ein Einwanderungsland. Und Deutschland muss sich dieser Situation bewusst sein“, sagt Kramer. Deshalb brauche das Arbeitshaus der Europäischen Union eine Zuwanderung von Arbeitskräften wie in den 50er und 60er Jahren.

(Von Wolfgang Hübner)

Der derzeit oberste Arbeitgeber hat auch schon konkrete Vorstellungen, wo die angeblich benötigten Erwerbsfähigen herkommen sollen, nämlich „nicht allein Zuwanderung aus fernen Drittstaaten, die Fachkräfte können auch aus den europäischen Nachbarstaaten kommen – dort wo die Arbeitslosigkeit erheblich höher ist als bei uns“. Sorgen machen Kramer allerdings, dass „zumindest am rechten Rand noch politisches Missbehagen wegen der zurückliegenden Flüchtlingskrise“ bestehe. Allzu sehr grämen muss sich der BDA-Chef jedoch nicht, denn der sogenannte „rechte Rand“ ist derzeit mit internen Problemen

völlig ausgelastet.

Um den Frauen in Deutschland zu ermöglichen, „ihre beruflichen Möglichkeiten auszuschöpfen“, fordert Kramer mehr Kitas, mehr Ganztagsbetreuung, mehr Ganztagschulen; ältere Arbeitnehmer sollen Anreize bekommen, länger zu arbeiten. Kurzum: Alles soll unternommen werden, um das derzeitige Niveau der wirtschaftlichen Leistungskraft auch künftig zu halten. Oder besser noch, Bruttosozialprodukt und Außenhandelsüberschuss weiter zu steigern. Was der BDA-Chef will, ist folglich die totale Ökonomisierung der deutschen Gesellschaft. Bei den Parteien, die nach der Bundestagswahl die Regierung bilden werden, kann er auf größtes Verständnis und bereitwillige Realisierung seiner Forderungen hoffen.

Betrachten wir, welche Folgen das für Deutschland haben wird:

- Mit der wegen des Wegfalls von Erwerbstätigen angeblich notwendigen Masseneinwanderung werden eine Vielzahl von Problemen verbunden sein, die weder sozial, finanziell oder kulturell noch beherrschbar sein können.
- In Anbetracht der voraussehbaren Auswirkungen von Rationalisierungen und Digitalisierung kann ein Import von Erwerbsfähigen schon in wenigen Jahren zu Heerscharen von Beziehern staatlicher Hilfen und der Implosion des Sozialstaats führen.
- Eine Einwanderungspolitik, die sich strikt am Arbeitsmarkt in Deutschland orientieren soll, also nicht auf die bereits gescheiterte Wunderwaffe vollständig unter- und minderqualifizierter „Flüchtlings“-Massen spekuliert, müsste aus anderen Staaten gerade diejenigen wegsaugen, die für die ökonomische Existenz dieser Staaten besonders wichtig sind. Länder mit hoher Jugendarbeitslosigkeit wie Spanien und Italien, aber auch andere sollen wegen der demographischen Lücke in Deutschland schlichtweg ihre Zukunft zugunsten des Weiterbetriebs der deutschen Arbeits- und Exportmaschine

verlieren.

– Die geforderte maximale Ausnutzung des weiblichen Erwerbstätigenpotentials wird zu einer weiteren Zerstörung familiärer Strukturen und der Zunahme von psychischen Störungen bei Kindern und Jugendlichen führen. Eine Zunahme der Geburtenrate ist davon auch nicht zu erwarten, eher das Gegenteil.

Kramer und der Verband, dem er vorsteht, sind diese Folgen offenbar gleichgültig. Die Heimat dieser Leute ist nicht Deutschland, sondern die Profitmaximierung. Lenin soll einmal gesagt haben, der Kapitalist verkaufe noch den Strick, mit dem er gehängt werde. Leider will der mächtige BDA einen Strick verkaufen, mit dessen Schlinge sich nicht nur seine Mitglieder, sondern das gesamte deutsche Volk befindet, dessen Identität und Sozialordnung in nicht zu ferner Zukunft „gehängt“ werden dürfte. Hinter der Maske des um die Zukunft besorgten Mannes der Wirtschaft verbirgt sich nur ein weiterer verantwortungsloser Verantwortlicher im Merkel-Land.

Doch wird der Ehrenbürger der Hochschule Bremerhaven weder ein schlechtes Gewissen haben, noch kann Kramer moralisch verurteilt werden. Denn er bewegt sich konsequent in der Logik eines Systems, in dem die Menschen Spielbälle einer Ökonomie der wenigen Gewinner und vielen Verlierer sind. Mit sozialer Marktwirtschaft hat dieser die eigene nationale Substanz zerstörende, im Ausland zunehmend als aggressiv wahrgenommene Exportkapitalismus deutscher Prägung nur noch wenig zu tun. Wer den Anspruch hat, in Deutschland tatsächlich alternative Politik zu machen, wird deshalb der Herausforderung nicht ausweichen können, alternative Wege zu und in einer marktwirtschaftlich grundierten Volkswirtschaft zu finden, die diese Bezeichnung auch wieder verdient.